



JAHRESBERICHT

des deutschen Exekutivdirektors
bei der **Weltbank**

Geschäftsjahr **2010**

www.worldbank.org/eds05

THE WORLD BANK GROUP



Office of the German Executive Director

Mail Stop Number (MSN) MC 11-1109

Room Number MC 11-125

World Bank Group

1818 H Street, N.W.

Washington, D.C. 20433

U.S.A.

Tel. +1 (202) 458-1183 • Fax +1 (202) 477-7849

E-Mail: mhofmann@worldbank.org

Internet: www.worldbank.org/eds05



Michael Hofmann
Exekutivdirektor

Washington DC, im September 2010

Weiterhin ist die Weltbank stark gefordert, die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen. Dank der Entscheidung der Anteilseigner bei der Frühjahrstagung 2010, das Kapital der IBRD zu erhöhen, können Länder mittleren Einkommens auch nach der Krise zinsgünstige Kreditprogramme erhalten. IFC wird ihr Engagement im Privatsektor ausweiten können mit zunehmendem Fokus auf Afrika. Für die ärmsten Länder hat die Weltbank ihre finanziellen Spielräume ausgeschöpft; mehr kann sie nur leisten, wenn die laufende IDA16-Wiederauffüllung erfolgreich verläuft. So hat sich in der Krise erneut gezeigt, dass sich die anleihenbasierte Finanzierung von IBRD und IFC flexibler ausweiten lässt als die vor allem geberabhängige von IDA. Mithin konnte die Weltbank für die ärmsten Ländern ungleich weniger leisten als für fortgeschrittene Entwicklungsländer. Über innovative Finanzierungsinstrumente muss also weiter nachgedacht werden, um mehr Mittel für arme Länder zu mobilisieren.

Finanzmittel und Wissen zu kombinieren ist und bleibt die Stärke der Weltbank. Gleichwohl wird zurzeit intensiv an einer Verbesserung des Wissens- und Informationsaustauschs innerhalb der Weltbank und mit ihren Kunden gearbeitet, zumal die Länderbüros mit gestiegenen Erwartungen an den Süd-Süd-Austausch konfrontiert werden. OECD-Länder sind nicht mehr *die* Referenzgröße für

technische, soziale und institutionelle Lösungen. Vielmehr können und sollten auch Industrieländer von den fortgeschrittenen Entwicklungsländern lernen.

Erfolgreiche Entwicklungsländer sind in der Krise selbstbewusster geworden, zumal jene, die in der G-20 auch politisch an Bedeutung gewonnen haben. Wachstumsstarke Entwicklungsländer gewinnen durch die selektiven Kapitalerhöhungen an Stimmgewicht in der Weltbankgruppe. China wird nach den USA und Japan drittgrößter Anteilseigner. Bei der nächsten Überprüfung der Kapitalanteile und Stimmen in fünf Jahren wird die weltwirtschaftliche Gewichtsverschiebung noch deutlicher werden. Offenkundig haben die gewichtigen Entwicklungsländer bereits an Einfluss in den Gremien der Weltbank gewonnen. Europa wird sich besser aufstellen müssen, um weiterhin eine starke Rolle zu spielen.

Deutschland hat auch in diesem Geschäftsjahr als eines der fünf größten Mitglieder viel zur Weltbankgruppe beigetragen, nicht nur finanziell, sondern auch personell durch viele hoch qualifizierte Deutsche im Weltbankstab. Bei Ihnen möchte ich mich für die gute Zusammenarbeit bedanken und meiner Nachfolgerin Ingrid Hoven viel Erfolg und viele an der Weltbank interessierte Leserinnen und Leser unserer Jahresberichte wünschen.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	vii
1 Überblick Weltbankgruppe — Geschäftstätigkeit 2010	1
2 Jahres- und Frühjahrstagung von Weltbank und IWF	15
3 Schwerpunktthemen in der Weltbank	19
3.1 Finanzkrise und Millenniumsentwicklungsziele	20
3.2 Krisenreaktion und Kapital	23
3.3 Reformen in der Weltbankgruppe	27
3.4 Weltentwicklungsbericht 2011 „Konflikt, Sicherheit und Entwicklung“	32
3.5 Entwicklung durch Geschlechtergerechtigkeit	33
4 Deutschland in der Weltbank	35
4.1 Deutsches Personal in der Weltbankgruppe	35
4.2 Kontakte zu Parlamenten und Zivilgesellschaft	38
4.3 Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft	38

Anlagen	41
1 Neuzusagen und Auszahlungen der IBRD in 2009 und 2010	41
2 Neuzusagen und Auszahlungen der IDA in 2009 und 2010	42
3 Neuzusagen und Auszahlungen der IFC in 2009 und 2010	43
4 Neu vergebene MIGA-Garantien (brutto) in 2009 und 2010	44
5 Nützliche Links	45
6 Organigramm der Weltbank	46
7 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des deutschen Weltbankbüros	48

Abkürzungsverzeichnis

BFIO	Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen
CAS	Country Assistance Strategy
CPS	Country Partnership Strategy
DC	Development Committee
DEG	Deutsche Entwicklungsgesellschaft
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
EIU	Economist Intelligence Unit
EU	Europäische Union
FAO	Food and Agriculture Organization
FY	Fiscal Year (Geschäftsjahr)
G-20	Gruppe der 20 größten Industrie- und Schwellenländer
GAP	Gender-Aktionsplan der Weltbank
GEF	Global Environment Facility
GFPR	Global Food Crisis Response Program
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development
ICSID	International Center for Settlement of Investment Disputes
IDA	International Development Association
IEG	Independent Evaluation Group

IFC	International Finance Corporation
IFPRI	International Food Policy Research Institutes
IWF	Internationaler Währungsfonds
JBIC	Japan Bank of International Cooperation
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
LIBOR	London Interbank Offered Rate
MDG	Millennium Development Goals
MICs	Middle Income Countries
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency
SFCCD	Strategic Framework for Climate Change and Development
US\$	United States Dollar
VN	Vereinte Nationen
WEO	Women's Economic Opportunity Index
WDR	World Development Report
WFP	World Food Programme

1

Überblick Weltbankgruppe — Geschäftstätigkeit 2010

Im **Geschäftsjahr 2010** (Juli 2009 bis Juni 2010) machte die Weltbankgruppe Zusagen von rund **72 Milliarden US\$ für Darlehen, Zuschüsse, Beteiligungen, Investitionen und Garantien** (IBRD: 44,2 Milliarden US\$, IDA: 14,5 Milliarden US\$, IFC: 12 Milliarden US\$, MIGA: 1,5 Milliarden US\$). Damit ist die Weltbankgruppe als global tätige multilaterale Entwicklungsbank eine der weltweit größten entwicklungspolitischen Institutionen. Dies gilt nicht nur in finanzieller Hinsicht. IDA *und* IBRD vergeben **zwei Arten von Krediten an Regierungen** von Entwicklungsländern: Investitionskredite zur Finanzierung bestimmter Projekte (*Investment Lending*), z. B. im Infrastrukturbereich (vgl. Kapitel 3.3 zur laufenden Reform dieses Instruments), sowie Finanzierungen von Reformprogrammen im Rahmen von direkter **Budgethilfe** (*Development Policy Lending*). Bei der heutigen Budgethilfe (eine Fortentwicklung der früheren Strukturanpassungsdarlehen) handelt es sich um allgemeine Finanzhilfen für die Umsetzung sektoraler oder gesamtwirtschaftlicher Reformen. Dabei vereinbart die Bank mit der Partnerregierung Auszahlungsbedingungen, die deren eigenem Reformprogramm entnommen sind. Gemeinsam mit anderen Budgethilfegebern überprüft die Bank regelmäßig die Haushaltsverwaltung der Partnerregierung und zieht Schlussfolgerungen für die künftige Zusammenarbeit. Ergänzend zu Finanzierungen leisten IBRD und IDA auch technische Hilfe (*Technical Assistance*).

Die Bank ist zugleich „*Knowledge Bank*“, die **Wissen und Informationen** in nahezu allen entwicklungsrelevanten Bereichen wie Infrastruktur, Gesundheit, Bildung, guter Regierungsführung und in zunehmendem Maße für den Klimaschutz bereitstellt.

Hauptaufgabe der Bank ist die **Verringerung der Armut** in Entwicklungsländern mit geringem und mittlerem Einkommen:

Die Weltbankgruppe setzt sich aus **fünf Organisationen** zusammen:

- Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (International Bank for Reconstruction and Development, **IBRD**)
- Internationale Entwicklungsorganisation (International Development Association, **IDA**)
- Internationale Finanz-Corporation (**IFC**)
- Multilaterale Investitionsgarantie-Agentur (Multilateral Investment Guarantee Agency, **MIGA**)
- Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (International Center for Settlement of Investment Disputes, **ICSID**)

Viele Mitgliedstaaten verstehen die Bankgruppe als Kreditgenossenschaft, weil die Kunden der Weltbank zugleich ihre Gesellschafter sind. Diese Analogie ist nur teilweise zutreffend, da nicht alle Mitglieder — z. B. die Industrieländer — Finanzierungsleistungen in Anspruch nehmen.

Die Weltbankgruppe hat über **11.000 Beschäftigte aus 161 Ländern**. Neben der Zentrale in Washington unterhält die Weltbankgruppe Länderbüros in rund 120 Staaten, in denen etwa ein Drittel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeitet. Arbeitssprache der Bankgruppe ist Englisch.

Mit dieser starken **Präsenz vor Ort** wurde die Koordination mit Partnerregierungen, anderen Gebern, thematischen Fonds, Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen deutlich verbessert.

Die **Gouverneurinnen** und **Gouverneure** vertreten die 187 Mitgliedstaaten der Weltbankgruppe. In der Regel sind dies die Finanz- oder Entwicklungsminister der Mitgliedsländer. Sie treffen sich jährlich im Herbst bei der Jahrestagung von IWF und Weltbank. Darüber hinaus gehören 24 Gouverneure dem Entwicklungsausschuss („**Development Committee**“, DC) von Weltbank und IWF an, der am Rande der Jahrestagung sowie im

Frühjahr zusammentritt. Die Zusammensetzung des Entwicklungsausschusses nach Stimmrechtsgruppen und Einzelvertretern der größeren Mitgliedstaaten entspricht dem Exekutivdirektorium der Weltbank.



Weltbankpräsident Robert Zoellick mit Bundesentwicklungsminister Niebel

Die 24 Mitglieder des **Exekutivdirektoriums** („Board“) verantworten das laufende Geschäft der Bank. Die Exekutivdirektoren stehen in engem Kontakt zu ihren jeweiligen Regierungen und vertreten deren Positionen. Zugleich tragen sie die Gesamtverantwortung für die Bank. Die acht größten Anteilseigner der Weltbank (USA, Japan, China, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Saudi-Arabien und Russland) ernennen jeweils einen eigenen **Exekutivdirektor**. Weitere 16 Exekutivdirektoren werden in Stimmrechtsgruppen gewählt. Beispielsweise vertritt der indische Exekutivdirektor zugleich Bangladesch, Bhutan und Sri Lanka. Die 47 afrikanischen Staaten südlich der Sahara werden bisher von nur zwei Exekutivdirektoren vertreten. Gegenwärtig wird aber ein dritter afrikanischer Sitz eingerichtet. Informeller Vermittler zwischen dem Exekutivdirektorium und dem Präsidenten ist der dienstälteste Exekutivdirektor („Dean“).

Das Exekutivdirektorium ist im Auftrag der Gouverneure für die **Geschäftstätigkeit der Weltbank** verantwortlich. Es diskutiert über die im Namen des Weltbankpräsidenten vorgelegten Strategien, entscheidet über den Haushalt und prüft und genehmigt jedes einzelne Darlehen oder Projekt. Außerdem legt es den Gouverneuren zur Weltbank-Jahrestagung den Jahresabschluss mit empfohlener Gewinnverwendung, den Haushaltsentwurf und einen Bericht über das operative Geschäft der Bank vor.

Formal verfügen vier der Mitgliedsorganisationen der Weltbankgruppe (IBRD, IDA, MIGA und IFC) jeweils über ein eigenes Exekutivdirektorium, in dem die Exekutivdirektoren in Personalunion ihr Stimmrecht ausüben. Die Stimmrechtsverteilung richtet sich nach der Höhe des Kapitalanteils des jeweiligen Anteilseigners. Dieses **Stimmgewicht** ist jedoch von eingeschränkter Bedeutung, da das Exekutivdirektorium den größten Teil seiner Entscheidungen einvernehmlich trifft.

Das Exekutivdirektorium tritt zweimal wöchentlich unter Leitung des Präsidenten oder eines von ihm beauftragten Geschäftsführers der Weltbankgruppe zusammen, der auch die Tagesordnung bestimmt. Seine Entscheidungen werden in fünf ständigen **Fachausschüssen** vorbereitet, die sich jeweils aus acht Exekutivdirektoren mit ausgeglichener regionaler Verteilung zusammensetzen. Den Vorsitz der Ausschüsse führt, anders als im Exekutivdirektorium, nicht die Geschäftsführung der Bank, sondern jeweils ein Exekutivdirektor. Diese Ausschüsse sind gegenwärtig:

- Rechnungsprüfungsausschuss (*Audit Committee, AC*)
- Haushaltsausschuss (*Budget Committee, BC*)
- Evaluierungsausschuss (*Committee on Development Effectiveness, CODE*)
- Personalausschuss (*Personal Committee, PC*)
- Ausschuss für Unternehmensverfassung und Verwaltungsangelegenheiten des Exekutivdirektoriums (*Committee on Governance and Executive Directors Administrative Matters, COGAM*)

Die praktische Umsetzung der Beschlüsse des Exekutivdirektoriums wie auch die Personalleitung der Bankengruppe verantwortet der

Präsident. Er wird formell vom Exekutivdirektorium für eine fünfjährige Amtszeit gewählt. Die Wahl folgt traditionell dem Vorschlag der USA als größtem Anteilseigner der Bank. Seit dem 1. Juli 2007 ist **Robert B. Zoellick** Präsident der Weltbankgruppe. Die zweite Ebene des **Weltbankmanagements** bilden die Geschäftsführer (*Managing Directors*). Die dritte Führungsebene bilden Vizepräsidenten, die für die Weltregionen (Subsahara-Afrika, Ostasien/Pazifik, Europa/Zentralasien, Lateinamerika/Karibik, Naher Osten/Nordafrika, Südasien), thematische Bereiche (z. B. Infrastruktur, Privatsektorentwicklung) oder administrative Funktionen (z. B. Leitung der Personalabteilung, der Rechtsabteilung, des Controlling usw.) zuständig sind.

Wie andere Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit muss die Weltbank länderspezifisches Wissen und fachlich-sektorales Know-how zusammenführen, was angesichts der Größe des Mitarbeiterstabs, der Präsenz der Bank in rund 120 Ländern und der thematischen Vielfalt ihrer Aktivitäten eine gewaltige Herausforderung darstellt. Die Weltbank hat sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre für eine **Matrix-Organisation** entschieden. Das bedeutet, dass die Mehrzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl einer Regionalabteilung als auch einem sektoral ausgerichteten „Netzwerk“ zugeordnet sind.

Die Organisationen der Weltbankgruppe im Einzelnen:

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung / International Bank for Reconstruction and Development (IBRD)



Die IBRD wurde 1944 gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) in Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire gegründet. Derzeit sind **187 Länder Anteilseigner**. **Deutschland** ist 1952 beigetreten und verfügt über einen Kapitalanteil von 4,6% und einem daraus resultierenden Stimmrechtsanteil von 4,48%. Die IBRD vergibt **zinsgünstige Darlehen** mit Laufzeiten bis zu 30 Jahren zu **marktnahen Konditionen**. Die Mittel für diese Darlehen nimmt die Weltbank durch **Ausleihen am Kapitalmarkt** auf.

Gründungszweck der IBRD war der Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur nach dem Zweiten Weltkrieg. Erster Kreditnehmer der Weltbank war Frankreich, das im Jahr 1947 ein Darlehen über 250 Millionen US\$ erhielt. Auch der Bau des japanischen Hochgeschwindigkeitszuges „Shinkansen“ wurde Anfang der 1960er Jahre durch Weltbankdarlehen mitfinanziert. Heutige Kunden der IBRD sind **Entwicklungsländer mit mittlerem Pro-Kopf-Einkommen**.

Einen Höhepunkt erreichte die Kreditvergabe der IBRD während der Asienkrise Ende der 1990er Jahre. Danach fiel die Nachfrage nach IBRD-Krediten stark ab; Ursache dafür waren die hohe Liquidität und das niedrige Zinsniveau auf den internationalen Kapitalmärkten sowie der Anstieg privater Kapitalströme („*Foreign Direct Investment*“) in Schwellenländer. Seit dem Beginn der **Finanzkrise 2008** verzeichnet die IBRD erneut einen starken Anstieg der Nachfrage nach Krediten. Sie hat ihre **Neuzusagen in den letzten zwei Geschäftsjahren verdreifacht** und ihr gesamtes Kreditportfolio verdoppelt. Damit ist das Geschäftsaufkommen der IBRD so groß wie nie zuvor.

Geschäftstätigkeit 2010 (Übersicht der Geschäftszahlen in Anlage 1)

Im Geschäftsjahr 2010 (1. Juli 2009 — 30. Juni 2010) sind die **Kreditneuzusagen** („*Commitments*“) der IBRD gegenüber den Vorjahren weiter stark auf **44,2 Milliarden US\$** angestiegen (2008: 13,5 Milliarden US\$; 2009: 32,9 Milliarden US\$). Gegenüber dem „Vorkrisenjahr“ 2008 entspricht dies einer Steigerung von mehr als 320%. IBRD hat damit schnell mit Neuzusagen auf die Finanzkrise reagiert. **Regional** lag Lateinamerika mit 31% der Neuzusagen an der Spitze, gefolgt von Europa (Ost- und Südosteuropa) mit 23% und Ostasien mit 13%. Südasien erhielt 15%, Afrika knapp 10% und der Mittlere Osten rund 8% der Mittel. **Sektoral** an der Spitze der Neuzusagen lagen die Bereiche Wirtschaftspolitik und Verwaltungsreform, Transport, Gesundheit und soziale Dienstleistungen, Wasserversorgung, gefolgt von Energie und Bergbau.

Im Geschäftsjahr 2010 erzielte die IBRD einen **Nettogewinn von rund 743 Millionen US\$**. Verglichen mit den Vorjahren fällt dieser

deutlich niedriger aus, was hauptsächlich auf die gesunkenen Zinsen und den krisenbedingt erhöhten Bedarf an Risikorückstellungen zurückzuführen ist. Hierbei handelt es sich jedoch nicht allein um den Gewinn aus dem Kreditgeschäft der IBRD. Zinsen und Gebühren reichen in der Regel nicht aus, um die Refinanzierungskosten, Kreditausfälle und den Verwaltungsaufwand von ca. 1 Milliarde US\$ pro Jahr abzudecken (der auch die Beratungsleistungen der IBRD umfasst). Der Jahresüberschuss ergibt sich vielmehr vorrangig aus der Verzinsung des Eigenkapitals von rund 37 Milliarden US\$. Vorbehaltlich der Zustimmung der Gouverneure soll der **Überschuss** der IBRD wie in früheren Jahren auch für einen **Transfer von 383 Millionen US\$ an die IDA** verwendet werden. Aufgrund des schwachen Jahresergebnisses stehen nur 260 Millionen US\$ zur Stärkung des Eigenkapitals (Reservenbildung) zur Verfügung.

Internationale Entwicklungsorganisation / International Development Association (IDA)



Die 1960 gegründete IDA vereint **170 Mitgliedstaaten**. **Deutschland** ist Gründungsmitglied und mit einem Stimmrechtsanteil von 5,89% nach den USA und Japan der drittstärkste Anteilseigner der IDA. Zur letzten Wiederauffüllung hat es 7% beigetragen und liegt nach Großbritannien, den USA und Japan an vierter Stelle der Geber. Die IDA hat das Ziel, das Entwicklungsniveau und den Lebensstandard in den ärmsten Ländern anzuheben. Durch besonders günstige („konzessionäre“) Finanzierungsleistungen soll die Produktivität in den Partnerländern gesteigert und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung gefördert werden. Die IDA sagt derzeit im Durchschnitt **14 Milliarden US\$ pro Jahr zu**. Damit ist sie u.a. der größte Geber für soziale Grunddienste in den ärmsten Ländern.

Die IDA unterstützt derzeit 79 Partnerländer, deren Pro-Kopf-Einkommen 2008 unter 1.135 US\$ lag oder deren Schulden-tragfähigkeit für die marktnahen Kredite der IBRD nicht ausreicht. Die Hälfte der IDA-Leistungen geht an die Länder Afrikas südlich der Sahara. Der typische **IDA-Kredit ist zinslos** (die IDA verlangt

nur eine Verwaltungsgebühr von 0,75% der ausgezahlten Summe) und hat eine Laufzeit von 40 Jahren mit 10 tilgungsfreien Jahren.

Um die **Schuldentragfähigkeit** ihrer Partner nicht zu gefährden, gewährt die IDA rund 20% ihrer gesamten Finanzierungsleistungen als Zuschüsse („*debt sustainability grants*“). So erhalten Länder mit hohem Überschuldungsrisiko nur Zuschüsse und keine Kredite. Länder mit mittlerem Überschuldungsrisiko bekommen die Hälfte ihrer IDA-Leistungen als Zuschüsse. Allerdings soll kein Partner der IDA aus seinem Überschuldungsrisiko unangemessene Vorteile ziehen. Deshalb sind diese Zuschüsse geringere Beträge als entsprechende Kredite. Die Zuschüsse sowie die günstigeren Garantien der IDA ergeben letztlich ein durchschnittliches Zuschusselement von 66%.

Die IDA leitet die Höhe ihrer Finanzierungsleistungen an ein Partnerland (*country allocation*) aus einer Formel ab, in der Leistung (*performance*) — neben Bevölkerungszahl und dem Erfolg bisheriger IDA-Vorhaben — die entscheidende Rolle spielt.

Neben reinen IDA- und reinen IBRD-Empfängerländern gibt es eine kleine Gruppe von 16 Ländern, die sowohl IBRD- als auch IDA-Mittel in Anspruch nehmen können (sogenannte „*Blend Countries*“). Hierzu zählen derzeit u. a. Indien und Pakistan.

Bisher sind **35 Länder aus der Gruppe der IDA-Länder zu IBRD-Ländern aufgestiegen**, darunter Südkorea, die Türkei, Ägypten und zuletzt im Jahre 2008 Montenegro. Allerdings gibt es auch Länder, die aufgrund wirtschaftlichen Niedergangs aus der Gruppe der IBRD-Kreditnehmer zu den IDA-Kunden zurückfallen, so etwa Simbabwe.

Geschäftstätigkeit 2010 (Übersicht der Geschäftszahlen in Anlage 2)

Im Geschäftsjahr 2010 sind die **Neuzusagen der IDA** (konzessionäre Darlehen und Zuschüsse) gegenüber dem Vorjahr um 4% von 14 Milliarden US\$ auf **14,5 Milliarden US\$** gestiegen. Damit setzt IDA das hohe Zusageniveau fort, das mit der Rekordauffüllung von IDA15 möglich wurde.

Regional kam die Hälfte der IDA-Finanzierungsleistungen weiterhin Afrika südlich der Sahara zugute. 32% entfielen auf Südasien,

12% auf Ostasien und den Pazifischen Raum, 4% auf Europa und Zentralasien sowie jeweils 1% auf die Länder Nordafrikas, Lateinamerikas, der Karibik und des Mittleren Ostens.

Sektoral gingen die meisten Zusagen in die Bereiche Transport (14%), Bildung (13%) und Landwirtschaft (12%), gefolgt von Stadtentwicklung (10%), Soziales (8%), Energie/Bergbau (8%) und Finanzen (7%).

Internationale Finanz-Corporation / International Finance Corporation (IFC)



IFC wurde 1956 als eigenständige Tochter der Weltbank gegründet und fördert die Entwicklung des **Privatsektors** in Entwicklungs- und Schwellenländern. Seit 2006 hat der Schwede **Lars Thunell** als *Executive Vice President* die Leitung inne. IFC gewährt **langfristige Darlehen zu kommerziellen Bedingungen** sowie Eigenkapitalbeteiligungen und Garantien. Die **Finanzierungskonditionen** sind abhängig vom Risiko des Projekts (Länderrisiko und kommerzielles Risiko). Ergänzend zu den Finanzierungen bietet die IFC seit einigen Jahren Beratungsleistungen zur Förderung des Privatsektors (*Advisory Services*). Diese werden aus freiwilligen Beiträgen bilateraler Geber, eigenen Mitteln der IFC sowie durch Gebühren der Kunden finanziert. Durch die im letzten Geschäftsjahr gegründete Asset Management Company (AMC) wird langfristiges Eigenkapital von Staats- und Pensionsfonds sowie anderen Investoren zur Finanzierung von IFC-Projekten mobilisiert.

IFC hat **182 Mitgliedstaaten**. **Deutschland** ist Gründungsmitglied und hält gegenwärtig einen Kapitalanteil von 5,44% und den daraus resultierenden drittgrößten Stimmrechtsanteil von 5,35%. Bei der Frühjahrstagung 2010 wurde eine Kapitalerhöhung von 200 Millionen US\$ sowie eine Aufstockung der Basisstimmrechte beschlossen. Diese Änderungen der IFC-Satzung müssen durch die Mitglieder gebilligt werden und führen danach zu einer Erhöhung der Stimmrechte der Entwicklungs- und Schwellenländer.

Geschäftstätigkeit 2010 (Übersicht der Geschäftszahlen in Anlage 3)

Im Geschäftsjahr 2010 konnte die IFC bei Zusagen in Höhe von 12,7 Milliarden US\$ einen Jahresüberschuss von ca. 1,7 Milliarden US\$ erwirtschaften. Hiermit konnte das Unternehmen wieder an die guten Ergebnisse der vergangenen Jahre anknüpfen, nachdem im Vorjahr bedingt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ein Verlust ausgewiesen werden musste.

Zu dem guten Ergebnis trugen maßgeblich die Erträge aus Beteiligungen und der Anlage liquider Vermögenswerte (*Liquid Assets*) bei. In 2010 wurden 200 Millionen US\$ an IDA abgeführt und 101 Millionen US\$ für Beratungsleistungen aufgewendet. Der überwiegende Teil des Jahresüberschusses wurde für die Stärkung der Eigenkapitalbasis verwendet; **im Geschäftsjahr 2011 sollen 600 Millionen US\$ an IDA transferiert** werden.

Durch die zur Bekämpfung der Finanzkrise entwickelten innovativen Fazilitäten konnten in Zusammenarbeit mit verschiedenen Ländern und Institutionen (u.a. KfW, DEG, JBIC) bislang rund 9,2 Milliarden US\$ (davon IFC 4,1 Milliarden US\$) mobilisiert werden.

Sektoral verzeichnete der Finanzsektor mit 52% den höchsten Anteil der Neuzusagen. **Regional** lagen Europa und Zentralasien (23,5%) fast gleichauf mit Lateinamerika/Karibik (23,7%) und bildeten zusammen mit Subsahara-Afrika (19,2%) die Schwerpunktregionen bei den Neuzusagen. Mit steigender Tendenz wurden rund 48% der Projekte und 38,5% der Zusagen in **IDA-Ländern** umgesetzt.

Um mehr Märkte und Partner schneller und effizienter erreichen zu können, arbeiteten 54% der insgesamt **3.354 Mitarbeiter in 86 Ländern vor Ort**. Die Dezentralisierung wurde 2010 durch die Schaffung des ersten sogenannten „Operational Center“ in Istanbul weiter vorangetrieben. Wichtige Entscheidungs- und Durchführungskompetenzen für die Regionen Europa, Nordafrika und Mittlerer Osten wurden nach Istanbul verlagert.

Multilaterale Investitionsгарantie-Agentur /
Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA)



MIGA wurde 1988 als jüngste Tochter der Weltbankgruppe gegründet. Sie hat gegenwärtig **175 Mitgliedstaaten**. Der deutsche Stimmrechtsanteil beträgt 4,24%. Aufgabe der MIGA ist die **Förderung ausländischer Direktinvestitionen** in Schwellen- und Entwicklungsländern durch die **Absicherung gegen politische Risiken** wie Enteignung, Kriege und Bürgerkriege, Devisen-transferbeschränkungen sowie Vertragsbruch seitens der Regierung des Investitionsstandorts. MIGA stellt darüber hinaus Informationen für Investitionsmöglichkeiten zur Verfügung und berät Regierungen, wie die Rahmenbedingungen für Investitionen im eigenen Land verbessert werden können.

Nach umfangreicher Erörterung im Exekutivdirektorium stimmten die Mitgliedsländer einer Änderung des MIGA-Übereinkommens zu, das im Herbst 2010 in Kraft tritt. Durch die Veränderungen wird das Geschäftsfeld der MIGA ausgeweitet. Darüber hinaus wurden Vereinfachungen und Modernisierungen der Verfahren vorgenommen, um eine Senkung der Transaktionskosten herbeizuführen.

Geschäftstätigkeit 2010 (Übersicht der Geschäftszahlen in Anlage 4)

MIGA hat im Geschäftsjahr 2010 Garantien zur Deckung politischer Risiken im Wert von **1,46 Milliarden US\$ für 28 Projekte** vergeben. Damit liegt die Vergabe neuer Garantien etwas auf dem Niveau des Vorjahres (1,38 Milliarden US\$ für 30 Projekte).

Brutto betrug das Garantievolumen zum Ende Juni 2010 7,7 Milliarden US\$ (Vorjahr 7,3 Milliarden US\$). Allerdings trägt MIGA die Risiken nie allein, sondern beteiligt stets kommerzielle Mitversicherer und Rückversicherer an den gedeckten Risiken. Unter Berücksichtigung dieser Mit- und Rückversicherung beträgt das **Netto-Garantieportfolio** rund 4,3 Milliarden US\$ (Vorjahr 3,7 Milliarden US\$).

Die regionale und sektorale Ausrichtung der MIGA war stark von ihrem Beitrag im Rahmen der Krise bestimmt. Auf

Europa/Zentralasien entfielen 74% der Garantien, **sektoral** stand der Finanzsektor mit 64% im Mittelpunkt.

Neben der Garantievergabe leistete MIGA technische Hilfe zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen in rund 30 Ländern. Dazu zählt die Unterstützung bei der Entwicklung von Investitionsförderungsstrategien und beim Aufbau von Investitionsförderungsagenturen. Daneben ist MIGA bei der Schlichtung von Konflikten zwischen Investoren und Regierungen des Gastlands im Rahmen eines *Dispute Mediation Program* behilflich.

Im Unterschied zu privatwirtschaftlichen Versicherungen hat MIGA nur sehr **wenige Schadensfälle** zu regulieren. Dies galt auch für 2010, in dem Prämien- und Gebühreneinnahmen von 46 Millionen US\$ (netto) Zahlungen von rund 1,8 Millionen US\$ für zwei Schadensfälle gegenüberstanden. Konfliktfälle, die MIGA-besicherte Investitionen betreffen, werden im Regelfall einvernehmlich gelöst. MIGAs Zugehörigkeit zur Weltbankgruppe spielt dabei eine hilfreiche Rolle.

Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten / International Center for Settlement of Investment Disputes (ICSID)



ICSID ist die kleinste Institution der Weltbankgruppe. Das Zentrum wurde 1966 gegründet und hat gegenwärtig 143 Mitgliedstaaten. Seine Aufgabe ist die Vermittlung bei der **Beilegung von Streitigkeiten** zwischen ausländischen Investoren und deren Gastländern. Darüber hinaus unterstützt ICSID durch Publikationen die Fortentwicklung von internationalem Investitionsrecht und Schlichtungsverfahren.

Treuhandfonds und weitere Aktivitäten der Weltbankgruppe



Mit den sogenannten **Treuhandfonds** (*Trust Funds*) hat die Weltbankgruppe in den letzten Jahren ein breites Geschäftsfeld erschlossen. In diesen Fonds verwaltet die Weltbank zweckgebundene Zuschüsse von Gebern. Das Spektrum reicht von Treuhandfonds, die das Arbeitsprogramm der Weltbank unterstützen, bis zu Fonds, die

inhaltlich durch andere Organisationen abgewickelt werden (siehe www.worldbank.org/cfp).

Ende des Geschäftsjahres 2010 verwaltete die Weltbankgruppe **1.075 Treuhandfonds in Höhe von 25,8 Milliarden US\$**. Die Auszahlungen aus diesen Fonds sind im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 37% auf rund 9,5 Milliarden US\$ gestiegen.

Einige der größten und bekanntesten Treuhandfonds, bei denen die Bank administrative und finanztechnische Aufgaben übernimmt, sind der „*Global Fund to fight AIDS, Tuberculosis and Malaria*“ (GFATM), die „*Global Environment Facility*“ (GEF), die „*Climate Investment Funds*“, der HIPC-Treuhandfonds und die „*International Finance Facility for Immunisation*“. Bei den länderbezogenen Treuhandfonds für Irak und Afghanistan führt die Bank auch die Projektprüfung und -überwachung durch.

Durch Treuhandmittel werden die Arbeitskapazitäten und Expertise der Weltbank, unterstützt und genutzt. Damit wird der Aufbau zusätzlicher Entwicklungsinstitutionen vermieden. Treuhandfonds ermöglichen es, Gebermittel für bestimmte Zwecke zu mobilisieren und zu bündeln, wodurch sich die Transaktionskosten verringern. Gerade für kleinere Geberländer ohne eigene Durchführungsorganisationen sind Treuhandfonds ein Weg, Mittel für Entwicklungszwecke bereitzustellen.

Problematisch ist die starke Zunahme der Treuhandfonds im Lauf der letzten Jahre. Hierdurch werden Arbeitskapazitäten gebunden. Zudem können bilaterale Geber durch die thematische Zweckbestimmung der Fonds an den zuständigen Entscheidungsgremien (Gouverneure und Exekutivdirektorium) vorbei Einfluss auf die „Agenda“ der Weltbank nehmen.

Ein 2007 in Kraft gesetztes **Rahmenwerk für Treuhandfonds** sorgt vor diesem Hintergrund für eine bessere Einbindung der Fonds in das Mandat und die Strategie der Weltbank. Es verbessert die Kontrollsysteme und sorgt für eine höhere Effizienz und Nachhaltigkeit.

2

Jahres- und Frühjahrstagung von Weltbank und IWF

Jahrestagung 2009

Die gemeinsame Jahrestagung von Weltbank und IWF fand im Oktober 2009 in **Istanbul** statt. Hauptthema des Treffens war erneut die weltweite **Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre Folgen**. Der Geschäftsführende Direktor des IWF erklärte, die Spätfolgen der Krise seien noch lange nicht überwunden. Die Erholung der Weltwirtschaft verlaufe äußerst verhalten, und ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit stehe bevor. Der Präsident der Weltbank betonte, dass die Finanzkrise bisherige Fortschritte bei der Erreichung der **Millenniumsentwicklungsziele** gefährdet. Durch die Krise würden Millionen Menschen in extreme Armut zurückfallen. Er rief Lehren aus den Finanz- und Wirtschaftskrisen der 90er Jahre in Erinnerung und betonte, dass die Wiederherstellung der makroökonomischen Stabilität allein nicht ausreiche. Notwendig seien Investitionen, mit denen Entwicklungsländer zugleich einen Beitrag zur Belebung der Weltwirtschaft leisten könnten.

Im Mittelpunkt der Sitzung des Entwicklungsausschusses stand die **Kapitalausstattung der Weltbank**. Hatte Präsident Zoellick noch bei der vorausgegangenen Jahrestagung 2008 die solide Situation der Weltbank betont, so warb er nun offen für eine Kapitalerhöhung. Angesichts des massiven Anstiegs der IBRD-Ausleihungen im Geschäftsjahr 2009 und der geschätzten Neuzusagen von 40 Milliarden US\$ im Folgejahr würde der Spielraum für weitere Zusagen bereits im Geschäftsjahr 2011 drastisch schrumpfen. Zudem würde die

Fähigkeit der Weltbank, neue Aufgaben zu übernehmen, deutlich vermindert. Bereits zur Frühjahrstagung könnte aus seiner Sicht eine Erhöhung des Stammkapitals der IBRD um rund 80 Milliarden US\$ beschlossen werden. Der Entwicklungsausschuss lobte die Weltbank für ihre schnellen Hilfsmaßnahmen in der Krise. Die Mitglieder der G-20 sagten zu, die Weltbank mit ausreichenden Ressourcen zur Erfüllung ihres Mandats auszustatten. Dabei wurde die Notwendigkeit interner Reformen der Weltbank betont.

Beim strittigen Thema der **Reform der Stimm- und Beteiligungsrechte** (sogenannte „*Voice-Reform*“) bekräftigte der Entwicklungsausschuss den Beschluss des G-20-Gipfels von Pittsburgh, zusätzlich zu der Umschichtung von 1,46% der Stimmanteile in der ersten Phase weitere 3% bei der IBRD zu den Entwicklungsländern zu übertragen. Deutschland unterstrich in der Diskussion, dass der Zuwachs von Stimmrechten an die Übernahme von finanzieller Verantwortung gegenüber der Weltbank gekoppelt sein müsse.

Anknüpfend an die **deutsche Veranstaltung** zum Thema „Bekämpfung von Steuerhinterziehung“ am Rande der Frühjahrstagung 2009 fand in Istanbul eine Fortsetzung statt, die die negativen Folgen für die Entwicklungsländer hervorhob. So übersteigt der Umfang der Verluste durch Steuerhinterziehung die jährlichen Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit um das Zehnfache und verringert die Kapazitäten zur Eigenfinanzierung der Entwicklungsländer. Deutschland stellte den Fortschritt beim „International Tax Compact“ vor. Eine stärkere Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Steuersystemen in Entwicklungsländern wurde zwischen IWF und Bundesregierung vereinbart.

Frühjahrstagung 2010

Auf der Frühjahrstagung 2010 in Washington wurden eine Kapitalerhöhung der Weltbank, eine Stimmrechtsreform und eine strategische Neuausrichtung der Weltbank beschlossen. Die Gouverneurinnen und Gouverneure schlossen damit einen schwierigen und langwierigen Verhandlungsprozess erfolgreich ab.

Mit der Kapitalerhöhung der IBRD wird sichergestellt, dass die Weltbank wie vor der Krise ein Ausleihvolumen von jährlich mindestens 15 Milliarden US\$ halten kann. Zugleich wird die Bank in die Lage versetzt, neue Aufgaben zu erfüllen. Gemeinsam mit der Kapitalerhöhung wurden weitere Maßnahmen zur Stärkung der finanziellen Kapazität der Weltbank verabschiedet. So werden die Zinsen für IBRD-Kredite mit längeren Laufzeiten angehoben („*maturity based pricing*“) und bisher nicht in Anspruch genommene Kapitaleinlagen nutzbar gemacht. Deutschland hatte sich für diese Paketlösung eingesetzt, die von allen Anteilseignern einen Beitrag zur finanziellen Solidität der Weltbank verlangt. Für IFC wurde eine **selektive Kapitalerhöhung** von rund 200 Millionen US\$ beschlossen (weitere Einzelheiten in Kapitel 3.2).



Frühjahrstagung 2010

Der Entwicklungsausschuss begrüßte die Vorschläge des Präsidenten zur **strategischen Neuausrichtung** der Weltbankgruppe über das Ende der Finanzkrise hinaus. Die Bank stellt damit künftig Armutsbekämpfung, die Förderung von Wachstum, gute Regierungsführung, die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter

sowie Krisen-/Risikoprävention und Risikomanagement in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Intern verpflichtete sich die Bank zu weiterer Dezentralisierung sowie zu Reformen in der Aufbauorganisation und im Personalwesen. Die Umsetzung dieser Beschlüsse wird vom Exekutivdirektorium begleitet werden.

Die **Stimmrechtsreform** bei der IBRD wurde zum Abschluss gebracht. Der Entwicklungsausschuss unterstützte einen Transfer von 3% der Stimmrechte von den Industrieländern an die Entwicklungs- und Schwellenländer. Damit wurde langjährigen Forderungen Rechnung getragen, aufstrebenden Ländern mit mittlerem Einkommen mehr Gewicht zu verleihen (siehe Kapitel 3.3).

Die Leiterin der deutschen Delegation, die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesentwicklungsministerium Gudrun Kopp, wertete die Ergebnisse der Frühjahrstagung als großen Erfolg. Die Beschlüsse zur Kapitalerhöhung und zur Stimmrechtsreform sorgten dafür, dass die Weltbank über die Krise hinaus eine solide finanzielle Basis erhalte. Gleichzeitig gewinne die Bank mit der Stimmrechtsreform neue Legitimität. Nunmehr müssten die eingeleiteten strategischen Reformen konsequent umgesetzt und für eine gezieltere Ausrichtung des Mandats genutzt werden.

3

Schwerpunktt Themen in der Weltbank

Die Weltbankgruppe war im Geschäftsjahr 2010 im zweiten Jahr in Folge mit den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise konfrontiert. Trotz teilweiser Erholung der globalen Konjunktur bleibt die Weltbank ein wichtiger Partner bei den Stabilisierungsbemühungen vieler Entwicklungs- und Schwellenländer. Dabei gilt es nicht nur, den Status quo vor Ausbruch der Krise wiederherzustellen. Vielmehr ist die Bank im eigentlichen Kernmandat — Bekämpfung der weltweiten Armut — gefordert, um die Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 zu erreichen.

Trotz oder gerade wegen des starken Einsatzes der letzten Jahre hat die Weltbank im Geschäftsjahr 2010 wesentliche **Reformprojekte** zum Abschluss gebracht.

- Die Kapitalisierung von IBRD und IFC ist durch die Verständigung der Anteilseigner auf eine Ausweitung des Stammkapitals für die absehbare Zukunft gesichert.
- Die lang diskutierte Reform der Beteiligungs- und Stimmrechtsverteilung unter den Mitgliedern mit einer Stärkung der Entwicklungs- und Schwellenländer wurde abgeschlossen.
- Verfahren im Kerngeschäft der Bank, der Projektfinanzierung, wurden modernisiert und nachhaltig verbessert.
- Die Dezentralisierung mit dem Ziel, eine „globalere“ und näher am Kunden arbeitende Bank zu schaffen, wurde vorangebracht.
- Schließlich wurde die Offenlegungspraxis für Bankdokumente vollkommen reformiert.

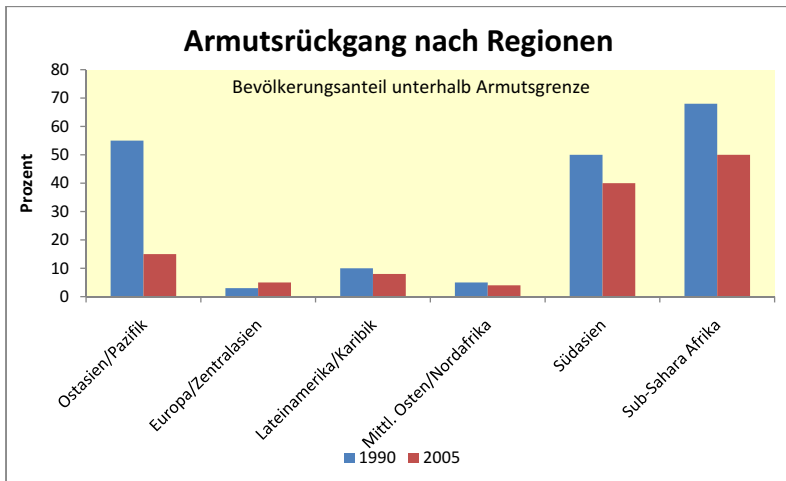
Das **thematische Spektrum** der Bank ist nach wie vor außerordentlich breit: Aufbau von Infrastruktur, Stärkung des Agrarsektors, Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und sauberem Wasser, die Entwicklung sozialer Sicherungssysteme, Finanzmarktentwicklung, Mittelverwendung bei Rohstoffeinkommen, Klimaschutz und Umgang mit Klimawandel und schließlich die wachsende Herausforderung aller Entwicklungsakteure angesichts der Zunahme von fragilen Staaten, die auch im Mittelpunkt des Weltentwicklungsberichts 2011 „Konflikt, Sicherheit und Entwicklung“ stand.

3.1 Finanzkrise und Millenniumsentwicklungsziele

In fünf Jahren läuft die Frist für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele ab. Bis 2015 sollen gemessen am Referenzjahr 1990 die Zahl der Armen und der Hungernden halbiert, Grundbildung für alle gesichert und Diskriminierung von Mädchen beim Zugang zu Bildung beseitigt, Kinder- und Müttersterblichkeit um zwei Drittel gesenkt und schwere Erkrankungen wie HIV/AIDS, Malaria erheblich verringert sein. Der Umweltschutz soll verbessert und eine globale Entwicklungspartnerschaft etabliert sein, die Staaten, Unternehmen und die Zivilgesellschaft einschließt.

Die Ziele sind ambitioniert, zumal beim New Yorker Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 nicht absehbar war, dass drei große Krisen die Verwirklichung dieser Ziele erschweren würden. Während die Preissteigerungen bei Erdöl und Nahrungsmitteln von 2008 vergessen scheinen, sind die Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise nach wie vor in allen Ländern spürbar. Auch wenn von einer Erholung der Weltwirtschaft ausgegangen wird, sind die Auswirkungen der Krisen gerade für Entwicklungsländer erheblich. Die Weltbank beziffert die Zahl der Menschen, die durch die Finanzkrise zusätzlich in extreme Armut fallen, mit 64 Millionen. Laut ihrem alljährlich erscheinenden Statusbericht (*Global Monitoring Report*) sind einige Weltregionen stärker betroffen als andere: Auswirkungen der Krise sind besonders spürbar in Afrika südlich der Sahara; mithin der Region, die bei ihren Anstrengungen zur Erreichung der MDG aufgrund von Kapazitätsmangel, institutionellen Schwächen und einem Mangel an Investitionen die schwierigste

Angangslage hat. Auch Europa und Zentralasien traf die Krise hart, obwohl das Entwicklungsniveau mit Afrika nicht gleichzusetzen ist. Süd- und Südostasien, die Regionen mit der größten Anzahl von Armen, konnten ihr Wirtschaftswachstum, wenn auch verlangsamt, aufrechterhalten. Ähnliches gilt für die Länder des Mittleren Osten und Nordafrikas. Die meisten Länder Lateinamerikas waren aufgrund relativ stabiler Wirtschaftssysteme und ausgebauter sozialer Sicherungssysteme in der Lage, die Folgen der Krise für die Bevölkerung abzufedern. Dabei spielten Weltbank, regionale Entwicklungsbanken und der IWF eine bedeutende Rolle bei der Eindämmung der Krise. Alleine die Weltbankgruppe machte zwischen Juli 2008 und Ende 2009 Neuzusagen von mehr als 87 Milliarden US\$. Trotz Erholung der Weltwirtschaft bleiben die Wirtschaftssysteme vieler Entwicklungsländer fragil. Dies hat Konsequenzen für die



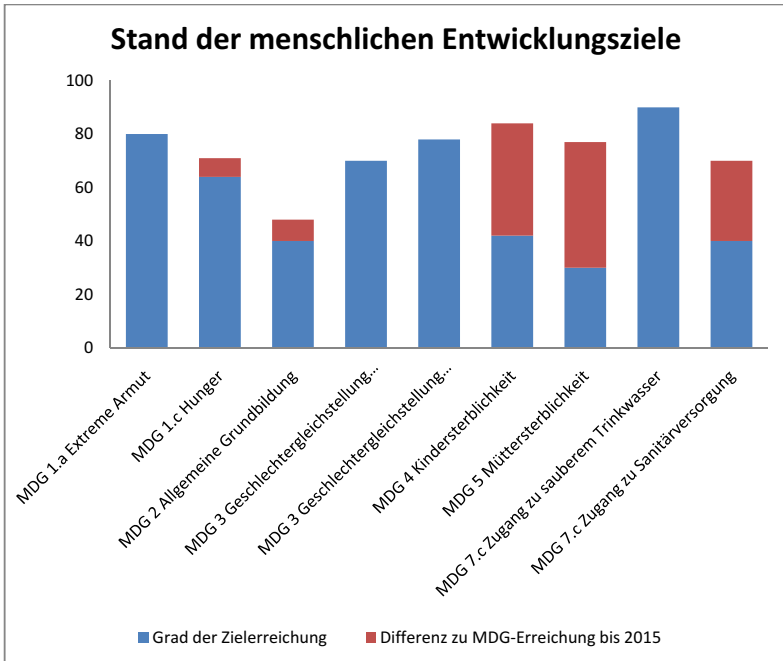
Quelle: Weltbank — Global Monitoring Report 2010

Millenniumsentwicklungsziele. Zwar erschwert der Mangel an aktuellen Daten aus vielen Entwicklungsländern die Analyse, aber in vielen Entwicklungsregionen ist ein erheblicher Einbruch an den Arbeitsmärkten erkennbar und damit eine Zunahme der Armut. Zeitversetzte Wirkungen bei vielen anderen Zielen sind absehbar:

So kann eine Verschlechterung der Ernährungssituation und der Gesundheitsversorgung in den kommenden Jahren zu höheren Sterberaten bei Kindern führen. Niedrigere Einschulungsraten ziehen eine geringere Anzahl erfolgreicher Schulabgänger nach sich. Beispielsweise erhöhte sich die Anzahl von Kindern, die die Schule vorzeitig abbrechen, erheblich, und Mädchen sind davon überproportional stark betroffen. Die Chancen dieser Kinder, der Armut zu entkommen, sinken damit für die Zukunft beträchtlich. Und ein Investitionsrückgang bei Trinkwasser- und Sanitärversorgung hat unweigerlich negative Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung in den betroffenen Regionen.

Bis zum Ausbruch der Krise hatten viele Länder entscheidende Fortschritte bei der Armutsbekämpfung gemacht. Global sank der Anteil der Menschen, die in absoluter Armut leben (weniger als 1,25 US\$ pro Tag), um rund 40%. Dies war besonders dem starken Wachstum in Südostasien zu verdanken. Auch wenn Afrika südlich der Sahara das Ziel der Armutshalbierung nicht zu erreichen schien, hatte sich die Situation dort merklich verbessert. Bei den anderen Millenniumsentwicklungszielen war der Fortschritt weit differenzierter. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser war gut. Gleiches gilt für den generellen Zugang zu Grundbildung, wie auch die Chancengleichheit von Mädchen bei weiterführender Bildung. Schlechter steht es dagegen bei der Bekämpfung des Hungers und dem Zugang zu Sanitärversorgung. Die Ziele zur Verringerung von Kinder- und Müttersterblichkeit sind bis 2015 kaum mehr zu verwirklichen.

Für die Weltbank steht der Beitrag zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele weiterhin im Mittelpunkt ihrer Geschäftstätigkeit. Sie nutzt ihre Finanzmittel, ihre Präsenz vor Ort und ihre analytischen Kapazitäten, um einem Beitrag zu den Entwicklungsbemühungen aller Akteure zu leisten. So ist der von Weltbank und IWF gemeinsam erarbeitete Statusbericht zu den Millenniumsentwicklungszielen („*Global Monitoring Report 2010 — The MDGs after the Crisis*“) eines der Grundlagendokumente des New Yorker MDG-Gipfels im September 2010, dessen Vorbereitung und Durchführung beide Institutionen auch beratend begleiten.



Quelle: Weltbank- Global Monitoring Report 2010

3.2 Krisenreaktion und Kapital

Mit dem Beginn der Finanzkrise im Herbst 2008 hat sich der Zugang der Entwicklungs- und Schwellenländer zu den internationalen Kapitalmärkten drastisch verschlechtert. Zinsen und Risikoaufschläge für Kredite und Anleihen stiegen sprunghaft an. Auch die Niedrigeinkommensländer, die zunächst nicht betroffen schienen, wurden durch das „Überschwappen“ der Finanzkrise in die Realwirtschaft und das Schrumpfen der Weltwirtschaft stark getroffen.

Die sinkende Risikobereitschaft privater und institutioneller Anleger führte zu einem massiven Abzug von Finanzanlagen aus Schwellenländern und dem Ausbleiben neuer Investitionen. Risikoaversion schlug sich auch in Preisaufschlägen für Staatsanleihen der Schwellenländer nieder, die sich kurzfristig nahezu verdreifachten.

Die Refinanzierungsmöglichkeiten für viele Entwicklungs- und Schwellenländer reduzierten sich bzw. verteuern sich drastisch. Demzufolge haben Entwicklungs- und Schwellenländer große Schwierigkeiten, ihren Finanzierungsbedarf zu decken. Dies zwingt viele Länder zu Einsparungen, insbesondere in den sozialen Sektoren.

Kapitalerhöhung für IBRD

Nach Jahren des Zusagenrückgangs ist die Nachfrage nach IBRD-Krediten wieder drastisch gestiegen. Dieser Nachfrageanstieg ist für Entwicklungsbanken typisch, geht in seinem Umfang aber über die bisher bekannten Dimensionen hinaus. Aufgrund ihrer guten Kapitalausstattung konnte die IBRD die sprunghaft angestiegene Nachfrage mit deutlich erhöhten Neuzusagen und Auszahlungen befriedigen: Sie hat ihre Zusagen beinahe verdreifacht und wird sie im Geschäftsjahr 2011 voraussichtlich weiter steigern. Seit der Krise hat die Weltbank über 100 Milliarden US\$ an zusätzlichen Krediten bereitgestellt, was einer Verdoppelung ihres Kreditportfolios auf 200 Milliarden US\$ entspricht.

Um sicherzustellen, dass die IBRD zumindest das Zusagevolumen auf dem Vorkrisenstand von rund 15 Milliarden US\$ jährlich halten kann, haben die Gouverneure auf der Frühjahrstagung 2010 einer Aufstockung der Kapitalbasis der IBRD zugestimmt. Diese Entscheidung geht u.a. auf die Forderung der G-20 zurück, eine ausreichende Kapitalisierung der multilateralen Entwicklungsbanken zu garantieren. Diese **Kapitalerhöhung** — die erste umfassende Erhöhung in über 20 Jahren — beträgt 86,2 Milliarden US\$ und kommt aus zwei Quellen:

- In einer selektiven Kapitalerhöhung kaufen Schwellenländer, die ein stärkeres Stimmgewicht in der IBRD anstreben, zusätzliche Anteile auf. Industrieländer, die ein bestimmtes Anteilsverhältnis erhalten wollen, beteiligen sich ebenfalls daran. Daraus ergibt sich der Betrag von 27,8 Milliarden US\$.
- Eine anschließende allgemeine Kapitalerhöhung von 58,6 Milliarden US\$, an der alle Mitglieder entsprechend ihrem Kapitalanteil beteiligt sind. Mitglieder mit großem Anteilsvolumen, wie die USA, tragen dazu folglich stärker bei als kleinere Mitglieder.

Bei den Beiträgen zur Kapitalerhöhung sind nur 6% des erworbenen Anteils einzuzahlen, der Rest wird von den Mitgliedsländern als abrufbares Haftungskapital zur Verfügung gestellt. Anders als bei vorhergehenden Kapitalerhöhungen haben die Gouverneure diesmal Einlagen in Landeswährungen ausgeschlossen, da sie in der Vergangenheit für die IBRD nur beschränkt verwendbar waren.

Deutschland hat die Kapitalerhöhung unterstützt und Maßnahmen zur Sicherung der finanziellen Nachhaltigkeit der Institution und ihres Stammkapitals durchgesetzt. Dies sind vor allem:

- Die Einführung nach Laufzeit gestaffelter Kreditzinsen mit entsprechenden Aufschlägen für Laufzeiten über 12 Jahre.
- Eine kostendeckende Kreditvergabe: d.h. die Umlage aller kreditbezogenen Verwaltungskosten und Risikorückstellungen auf die Kreditzinsen.
- Die sofortige Freigabe der neuen Einlagen in Landeswährungen für die Kapitalerhöhung und eine schrittweise Freigabe der alten Einlagen in Landeswährungen (welche für die IBRD bisher nur eingeschränkt nutzbar waren).

Der einzuzahlende deutsche Beitrag zur Kapitalerhöhung beträgt rund 175 Millionen US\$ und erfolgt über einen Zeitraum von 5 Jahren in entsprechenden Teilbeträgen.

Auffüllung von IDA

Weil die IDA ihre Tätigkeit nicht aus Marktmitteln finanziert, kann sie zusätzliche Mittel zur Bewältigung der Krise nur von Gebern, von leistungsfähigen Partnerländern, aus Zinserträgen und aus Transfers ihrer Schwesterorganisationen IBRD und IFC mobilisieren.

Gemeinsam mit anderen G-7-Staaten konnte Deutschland durchsetzen, dass auch die ärmsten Mitgliedsländer — die nur bei der IDA ausleihen können — von der Kapitalerhöhung der IBRD profitieren. Dazu wurde eine Steigerung der Eigenbeiträge der IBRD zur IDA beschlossen.

Sollte sich im Verlauf der allgemeinen Kapitalerhöhung (der Prozess dauert voraussichtlich 5 Jahre) abzeichnen, dass die IBRD zum Erhalt ihres Kreditportfolios kein zusätzliches Geld braucht,

können die Anteilseigner beschließen, diese Mittel an die IDA zu überstellen.

Seit Anfang 2010 stehen 1,6 Milliarden US\$ für ein neues **Krisenreaktionsfenster** der IDA bereit. Diese Mittel kommen zum bisherigen Auffüllungsvolumen (41,7 Milliarden US\$) hinzu. Sie sollen IDA-Ländern ohne alternative Finanzierungsmöglichkeiten erlauben, ihre Ausgaben für bestimmte entwicklungspolitische Kernaufgaben (z.B. Bildung und Gesundheit) in der Krise fortzusetzen. Die Finanzierung stammt überwiegend aus Mitteln, die vorher für die Ablösung der Schuldenrückstände von IDA-Partnern („*arrears clearance*“) gedacht waren (rund 1,2 Milliarden US\$). Weitere Mittel wurden von Großbritannien (rund 300 Millionen US\$) und aus Zinserträgen der IDA (rund 100 Millionen US\$) aufgebracht.

Im März 2010 haben die **Verhandlungen zur Auffüllung IDA16** begonnen. Diese Verhandlungen setzen den politischen und finanziellen Rahmen für die Arbeit der IDA während der Geschäftsjahre 2012 (ab 1. Juli 2011) bis 2014. Sie werden voraussichtlich gegen Jahresende 2010 mit einer Zusagerunde schließen. Einerseits handelt es sich um die letzte Auffüllung vor 2015, dem Stichjahr für die Millenniumsentwicklungsziele, andererseits müssen viele Geber ihre Haushalte konsolidieren. Es ist deshalb wichtig, alle Finanzierungsmöglichkeiten auszuschöpfen. So haben die Geber der IDA beschlossen, die Kreditkonditionen für leistungsfähigere IDA-Partner und bereits graduierte Länder maßvoll zu erhöhen — und damit 2,8 Milliarden US\$ für IDA16 aufzubringen. Außerdem hat die Weltbank in Aussicht gestellt, bis zu 9,5 Milliarden US\$ aus Rückflüssen und 2 Milliarden US\$ aus einem Transfer der IBRD mobilisieren zu können. Ob IDA die Rekordauffüllung von IDA15 wiederholen kann, hängt von der Bereitschaft aller Geber — ausdrücklich auch der neuen Geber ab, entsprechend ihrer Wirtschaftskraft beizutragen.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht die Frage, wie IDA wirksam zu **Entwicklungsergebnissen** beitragen kann — insbesondere unter schwierigen Rahmenbedingungen (Krisenbewältigung, Klimawandel, fragile Staaten) und in Bereichen mit hohem Wachstums- und Entwicklungspotential (regionale Integration, Geschlechtergerechtigkeit). Zur Debatte steht dabei auch, ob IDA eine ständige Fazilität für künftige Naturkatastrophen und Wirtschaftskrisen einrichten sollte.

Selektive Kapitalerhöhung bei IFC

IFC wurde im vergangenen Geschäftsjahr von der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen. Sie konnte aber 2010 bereits wieder ein gutes Ergebnis vorlegen. Durch die bestehende Kapitalbasis wird ein ausreichendes Wachstum gewährleistet. Die Mitglieder haben daher auf eine Aufstockung durch eine allgemeine Kapitalerhöhung verzichtet. IFC wird allerdings im Rahmen der Stimmrechtsreform eine Ausweitung des Stammkapitals um 200 Millionen US\$ erfahren. An dieser selektiven Kapitalerhöhung werden nicht alle Mitglieder teilnehmen (siehe Kapitel 3.3).

3.3 Reformen in der Weltbankgruppe

Die Gouverneure haben auf der Frühjahrstagung 2010 neben der Ausweitung der Kapitalausstattung zentralen Reformen der Institution zugestimmt, die Effektivität, Effizienz und Legitimität der Weltbank verbessern sollen. Zum einen wurden die Verhandlungen über Umfang und Verfahren zur Neuordnung der Stimm- und Beteiligungsrechte nach jahrelangen Vorbereitungen erfolgreich abgeschlossen. Zum anderen wurden weitreichende interne Reformen in den Verfahren der Bank gebilligt. Zur Koordination der Umsetzung des Reformpakets wurde ein „*Change Management Secretariat*“ eingerichtet. Die wichtigsten Reformvorhaben sind:

Neuordnung der Stimm- und Beteiligungsrechte („Voice-Reform“)

Seit Gründung der Weltbank hat es durch Beitritte und Kapitalerhöhungen wiederholt Änderungen der Stimmrechtsverteilung gegeben. Die Weltbank folgte dabei dem IWF, Anteilsrechte nach dem Gewicht eines Mitglieds in der Weltwirtschaft zu vergeben. Zur Bewertung des Gewichts diente die Quotenformel des IWF. Zugleich wurden Mitglieder für besondere Finanzierungsbeiträge zu IDA „belohnt“. Die letzte Anpassung vor mehr als 10 Jahren berücksichtigte nur eine geringe Zahl extrem unterbewerteter Staaten. Die weltwirtschaftlichen Veränderungen der letzten 20 Jahre sind damit in der aktuellen Verteilung der Anteile nur unzureichend abgebildet. Auch hat sich das Mandat der Bank stark verändert:

vom Projektfinanzierer für große Infrastrukturvorhaben zur globalen Entwicklungsinstitution mit dem Kernmandat der Armutsbekämpfung. Damit kommt den „Kunden“ der Bank, den Entwicklungs- und Schwellenländern, eine stärkere Rolle zu. Insgesamt hat sich auch die Eigenständigkeit der Bank gegenüber dem IWF verstärkt, was letztlich eine andere Gewichtung unter den Anteilseignern rechtfertigt und damit die Anwendung eines abweichenden Verfahrens zur Stimmverteilung verlangt.

Jahrelang haben die Mitglieder der Weltbank über die Neuordnung der Beteiligungs- und Stimmrechte verhandelt. In der Jahrestagung 2008 war bereits die erste Phase der Reform beschlossen worden:

- Verdopplung der Basisstimmrechte aller Mitgliedstaaten, einschließlich eines Ausgleichs der sich daraus ergebenden Verluste für größere Schwellenländer.
- Einrichtung eines zusätzlichen Sitzes in Entwicklungsausschuss und Exekutivdirektorium für die Länder Afrikas südlich der Sahara.
- Verstärkung der Dezentralisierung der Bank und mehr Kundenbindung durch größere Präsenz vor Ort.
- Verständigung, dass der Präsident zukünftig in einem offenen und transparenten Verfahren bestimmt wird.

Dieser erste Schritt berücksichtigte jedoch nicht den Anspruch der Schwellenländer, insbesondere Chinas, auf stärkere Gewichtung.

Auf der Frühjahrstagung 2010 gelang den Gouverneuren die Einigung auf ein eigenständiges Weltbankverfahren zur Berechnung der Anteile in IBRD. Die Anwendung sowie Maßnahmen zur Absicherung der kleineren Mitgliedstaaten führen nach Abschluss der Gesamtreform zu einer Verschiebung der Stimmgewichte um 4,59% von Industriestaaten zu Entwicklungs- und Schwellenländern. China wird in der Folge drittgrößter Anteilseigner der Weltbank. Deutschland, das diesen Platz bisher besetzte, folgt nun an vierter Stelle.

Neben der weitreichenden Reform bei der IBRD wurde auch eine **Vereinbarung zur IFC** getroffen. Diese sieht eine Anhebung des Anteils der Basisstimmrechte auf 5,55% vor, was gerade kleinere Mitgliedstaaten stärkt. Hinzu kommt eine Ausweitung des Stammkapitals um 200 Millionen US\$, die durch einen selektiven

Verkauf an einzelne Mitglieder erfolgt. Damit erfolgt eine Verschiebung von 6,08% der Stimmrechte von den Industriestaaten zu den Entwicklungs- und Schwellenländern.

Die Mitglieder einigten sich darauf, zukünftig im Abstand von 5 Jahren regelmäßig eine Überprüfung der Stimmrechtsverteilung vorzunehmen. Da das angewandte Verfahren nach Auffassung vieler Mitglieder erhebliche Schwächen aufweist, wird die Ausgestaltung eines neuen Ansatzes notwendig sein.

Offenlegungsvorschriften („Access to Information Policy“)

Mit dem Inkrafttreten der Offenlegungsvorschriften am 1. Juli 2010 wird die laufende Praxis umgekehrt. Bisher bestimmte die Bank anhand einer „Positivliste“, welche Dokumente veröffentlicht werden. Zukünftig gilt eine **grundsätzliche Veröffentlichungspflicht**. Ausgenommen davon sind nur Dokumente, die nach Kriterien begründet auf einer „Negativliste“ verzeichnet sind (hauptsächlich personenbezogene Daten, sicherheitsrelevante Informationen, Kommunikationen der Exekutivdirektoren mit ihren Hauptstädten). Für bestimmte Dokumente werden Zeitfristen zur Offenlegung bestimmt, die auch rückwirkend bis zur Gründung von IBRD und IDA gelten. Zur Klärung von Streitfällen über eine sachgerechte Anwendung der Negativliste wird ein Einspruchsverfahren eingerichtet.

Dezentralisierung („Global Bank“)

Der bisherige Dezentralisierungsansatz der Weltbank (Mitarbeiter sind entweder in Washington oder im Länderbüro angesiedelt) stößt an seine Grenzen. Die verstärkte Präsenz der Mitarbeiter in den Ländern bringt für die Arbeit der Bank und die Qualität der Ergebnisse zwar klare Vorteile. Diese Form der Dezentralisierung ist jedoch teuer und bringt Reibungsverluste mit sich, da ein erheblicher Teil der Entscheidungen (angefangen mit denen des Exekutivdirektoriums) weiterhin in Washington getroffen werden. Derzeit erörtert das Management mit den Anteilseignern drei Varianten für eine verstärkte Dezentralisierung: (1) Fortführung des gegenwärtigen Modells, (2) Einrichtung von Weltbankbüros für

mehrere Länder mit sektoralen Schwerpunkten und (3) die komplette Verlagerung von Regionalabteilungen nach Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa („*Global Bank*“). Aus verschiedenen Gründen werden der „*Global Bank*“ als Lösung das größte Potential wie auch die größten Risiken zugeschrieben. Für diese Variante spricht, dass die Nachteile der bisherigen Standorte (Washington sei zu weit entfernt vom Geschehen; Länderbüros fehle die globale Perspektive) überwunden werden können. Allerdings besteht die Gefahr einer Entkoppelung der Regionalabteilungen, sobald diese räumlich getrennt sind. Die Herausforderung liegt darin, wie die Weltbank weiterhin ihr regional erworbenes Wissen im Rahmen der gesamten Institution nutzbar machen kann. Um dies zu ermöglichen, sind große Veränderungen im Personal- und Wissensmanagement notwendig.

Das Exekutivdirektorium wird erst entscheiden, wenn die notwendigen Informationen zu den Auswirkungen und eine umfassende Umsetzungsstrategie vorliegen.

Reform der Projektfinanzierung („Investment Lending Reform“)

Die Weltbank unterstützt ihre Mitglieder finanziell durch die beiden Instrumente „*Investment Lending*“ (Projektfinanzierung) und „*Development policy Lending*“ (Budgethilfe für Reformprogramme).

Trotz des starken Anwachsens der Budgethilfe-Darlehen, wie im Lauf der Finanzkrise, ist die Projektfinanzierung weiterhin das vorherrschende Instrument der Weltbank. Sie macht rund zwei Drittel der jährlichen Zusagen und über 90% des aktiven Projektportfolios aus. Um sie den veränderten Anforderungen der Partnerländer anzupassen, hat das Exekutivdirektorium eine umfassende Reform zur Vereinfachung und Beschleunigung beschlossen. Die Planungsverfahren werden von Dopplungen befreit und Verantwortlichkeiten klarer definiert. Die verfügbaren Mittel für Projektplanung und -durchführung werden stärker auf die Risiken der verschiedenen Projekte ausgerichtet. Projekte werden während ihrer Durchführung künftig stärker von der Weltbank begleitet, um auftretenden Problemen unmittelbar begegnen zu

können („*Implementation Support*“), statt sich wie bisher hauptsächlich auf Überwachung („*Supervision*“) zu beschränken.

Die Reform ist ein umfassendes Vorhaben, das weite Bereiche der Weltbank einschließt und in mehreren Stufen durchgeführt wird. Das Exekutivdirektorium wird regelmäßig über die Fortschritte informiert.

Überprüfung der Qualitätssicherung („*Review of Oversight and Accountability Units*“)

Fünf Einrichtungen mit Sonderstatus begleiten die Arbeit der Weltbank. Sie bilden einen wesentlichen Teil des Qualitätsmanagements:

- Die **unabhängige Evaluierungseinheit** („*Independent Evaluation Group*“ — IEG) überprüft jedes Vorhaben daraufhin, ob es seine Ziele erreicht hat und wie zukünftige Maßnahmen effizienter werden können. Sie evaluiert in allgemeiner Form die Sektor- und Länderarbeit der Bank.
- Die **Korruptionsabwehr** („*Integrity Vice Presidency*“ — INT) ermittelt gegen Unternehmen, die möglicherweise aus bankfinanzierten Vorhaben illegitime Vorteile ziehen. Solches Verhalten führt zum Ausschluss von Ausschreibungen.
- Die **Innenrevision** („*Internal Audit Vice Presidency*“ — IAD) prüft die Rechnungen aller Bankprojekte.
- Wer sich von IBRD/IDA-Projekten geschädigt fühlt, kann sich an das **Beschwerdegremium** („*Inspection Panel*“ — IP) wenden. Es prüft, ob das Vorhaben den Schutzvorschriften („*Safeguards*“) der Bank entspricht. IFC und MIGA haben ein entsprechendes Gremium („*Compliance Advisor/Ombudsman*“ — CAO).

Im Rahmen der internen Reformagenda prüft die Bank gegenwärtig, wo Überschneidungen in der Arbeit der fünf Einheiten bestehen und abgebaut werden können. Auch soll die Prüfung aufzeigen, an welchen Stellen die Arbeit verbessert und die Qualitätssicherung der Bank verstärkt werden kann.

3.4 Weltentwicklungsbericht 2011 „Konflikt, Sicherheit und Entwicklung“

Seit August 2009 arbeitet die Bank am **Weltentwicklungsbericht 2011** (*World Development Report — WDR*) zu Konflikt, Sicherheit und Entwicklung. Der Bericht verwertet unter anderem die Arbeit deutscher Forschungsinstitute (z. B. DIW Berlin) und wird im Dezember 2010 erscheinen. Die Bank will sich darin anwendungsorientiert mit einem Kernhindernis für nachhaltige Entwicklung auseinandersetzen. 45 Länder sind derzeit entweder von gewaltsamen Konflikten betroffen oder unterliegen aufgrund ihrer schwachen Institutionen einem erhöhten Konfliktrisiko. 11 dieser Länder haben ein mittleres Pro-Kopf-Einkommen. In 20 der 79 aktiven Partnerländer der IDA setzen die Vereinten Nationen oder Regionalorganisationen friedenschaffende oder friedenserhaltende Maßnahmen um. Manche Regeln und Gewohnheiten der traditionellen Entwicklungszusammenarbeit führen in diesen Ländern nicht zum Erfolg. Deshalb geht der WDR 2011 folgenden Leitfragen nach.

- Nach welchen Mustern wechseln gewaltsame Konflikte ihre Form — z.B. vom Bürgerkrieg zur kriminellen Gewalt?
- Wie hängen Konfliktursachen zusammen? Der WDR experimentiert hier mit drei Begriffen: Dem Anpassungsdruck, dem eine Gesellschaft ausgesetzt ist („Stress“), der Leistungskraft ihrer Institutionen („Fähigkeiten“) und den Maßstäben, die externe oder interne Akteure an sie herantragen („Erwartungen“).
- Was ist nötig, um Konfliktrisiken früh, kohärent und angepasst zu bewältigen?

Die Weltbank erwartet vom WDR 2011 Denkanstöße und Arbeitsgrundlagen für alle zuständigen Akteure — auch für sich selbst. Das gilt etwa für die Zuteilung von IDA-Mitteln an fragile Staaten, für die Rolle der politischen Ökonomie im Zuschnitt von Länderprogrammen und Vorhaben sowie für die Gestaltung der Partnerstruktur, wenn die Zusammenarbeit mit der Zentralregierung auf Hindernisse stößt.

3.5 Entwicklung durch Geschlechtergerechtigkeit

Jedes Land kann sein Entwicklungspotential verbessern, wenn es Frauen und Männern gleiche Chancen eröffnet. Deshalb soll die Bank Geschlechtergerechtigkeit im Dialog mit der Partnerregierung, beim Zuschnitt der Länderstrategien und bei der Gestaltung der einzelnen Vorhaben stets mit bedenken — das ergibt sich aus ihren eigenen Vorschriften. Die Unabhängige Evaluierungseinheit der Bank (IEG) hat aber festgestellt, dass dies noch nicht in jedem Länderprogramm geschieht. Deutschland setzt sich gemeinsam mit anderen dafür ein, dass die Bank ihre Leistung in diesem Bereich verbessert:

- Deutschland hat 3,2 Millionen US\$ (5%) zum **Gender Action Plan (GAP)** beigetragen, einem Treuhandfonds, der praktische Lösungen für Sektoren wie Kreditwesen, Infrastruktur und Informations- und Kommunikationstechnologie entwickelt. Ab 2011 wird die Bank die Initiativen des *Gender Action Plan* weitgehend aus eigenen Haushaltsmitteln fortsetzen.
- Der neue **Women's Economic Opportunity Index (WEO)** der **Economist Intelligence Unit (EIU)** geht auf die Initiative des *Gender Action Plan* zurück, der auch den überwiegenden Teil der Entwicklungskosten finanziert hat. Der Index gibt einen vergleichenden Überblick über wirtschaftliche Chancen von Frauen in 113 Ländern.
- Deutschland unterstützt den neuen **Aktionsplan** der Bank für **reproduktive Gesundheit**. Er bildet die fachliche Grundlage für Vorhaben von 2010 bis 2015 und schafft notwendige operative Verknüpfungen zwischen Geschlechtergerechtigkeit und anderen wichtigen Entwicklungszielen (Senkung der Müttersterblichkeit, HIV/AIDS-Prävention, nachhaltige Bevölkerungspolitik).
- Der **Weltentwicklungsbericht 2012** wird sich mit dem Zusammenhang zwischen Entwicklung und Geschlechtergerechtigkeit auseinandersetzen. Der Stab kommt damit einer Forderung nach, die 21 von 24 Exekutivdirektoren gemeinsam erhoben hatten. Ende 2010 wird eine Konzeptnote, im Frühjahr 2011 ein erster Entwurf vorliegen.

4

Deutschland in der Weltbank

4.1 Deutsches Personal in der Weltbankgruppe

Zum Ende des Geschäftsjahres 2010 hatte die **Weltbankgruppe 11.966 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** (333 Personen mehr als in 2009). Diese Zahl erfasst reguläres Personal mit unbefristeten und befristeten Arbeitsverträgen. Nicht eingerechnet werden Angestellte mit einem Arbeitsvertrag von bis zu 190 Tagen im Jahr (*Short-Term Consultants*). Im Geschäftsjahr 2010 ist der Anteil der **deutschen Fachleute** in der Weltbank von 3,5% auf 3,7% weiter gestiegen. Der **positive Trend** der letzten Jahre verstetigte sich auch im Anteil an Positionen im mittleren und höheren Management. Hier legte Deutschland im vergangenen Jahr um 7,5% zu. Mit Joachim von Amsberg ist auch wieder ein Deutscher zum Vizepräsidenten der Weltbank ernannt worden.

Internationales Personal in gehobenen Positionen in der Weltbankgruppe nach Nationalitäten (Auszug)

	2010	2009	Veränderung gegenüber Vorjahr	2010	2009	IBRD- Kapitalanteil
Gesamt	4.710	4.613	+2,1%	100,00	100,0	100,00
USA	1.142	1.136	+0,3%	24,2	24,7	16,83
Japan	101	104	-2,9%	2,1	2,3	8,07
Deutschland	173	161	+7,5%	3,7	3,5	4,60
UK	211	218	-3,2%	4,5	4,7	4,41
Frankreich	236	233	+1,3%	5,0	5,1	4,41
Kanada	160	150	+6,7%	3,4	3,3	2,84
Italien	137	123	+11,4%	2,9	2,7	2,84

Quelle: Weltbank (2010): Interne Angaben der Personalabteilung

Dieses Ergebnis ist auch auf die intensive Betreuung der deutschen Personalförderprogramme, die Aktivitäten von BMZ und Auswärtigem Amt und die Bemühungen des deutschen Büros zurückzuführen.

Im Rahmen der Reformdiskussion zum Personalbereich hat Deutschland — im Einklang mit anderen Exekutivdirektoren — immer wieder eine größere **Diversifizierung** („*Diversity*“) des Personals in der Weltbankgruppe gefordert. „Diversifizierung“ bezieht sich dabei nicht nur auf ein ausgeglichenes Verhältnis der Herkunftsstaaten. Der Begriff beinhaltet auch die Anwerbung aus allen Hochschulsystemen (bislang Bevorzugung angelsächsischer Hochschulen), den Einsatz vielfältiger Berufsprofile (dem breiten Tätigkeitsspektrum der Weltbank entsprechend) und die Einstellung unabhängig von Geschlecht und Herkunft. Die Umsetzung der verstärkten Diversifizierung zeigt bisher aber nur moderate Fortschritte. Dies liegt auch an der weitgehenden Dezentralisierung der Einstellungsverfahren, die der Personalabteilung die Durchsetzung übergreifender Anforderungsprofile erschwert. Die Einrichtung einer Direktorenstelle für *Diversity* und einer von der Personalabteilung vergebenen Überbrückungsfinanzierung (und dem damit erzielten Mitspracherecht bei der Bewerberauswahl) soll hier entgegenwirken. Der Anteil von Frauen am international angeworbenen Personal ist im Geschäftsjahr 2010 erneut nur sehr gering (von 36,3% auf 36,8%) gestiegen.

Ziel der nächsten Jahre bleibt die **Steigerung des deutschen Personalanteils**. Die Bundesregierung unterhält dazu Personalprogramme, führt Informationsveranstaltungen durch und unterstützt individuelle Bewerbungen bei der Weltbankgruppe. Wie im Vorjahr nahm die Weltbank an der **International Career Fair** in Berlin teil. Dabei wurden deutsche Nachwuchskräfte und Interessierte mit Berufserfahrung über Einstellungsverfahren und -voraussetzungen sowie Karrieremöglichkeiten bei der Weltbank informiert. Diese erfolgreiche Veranstaltung sollte auch zukünftig jährlich durchgeführt werden.

Die Personalprogramme im Überblick

An den zwei mit der Weltbank vereinbarten **Programmen zur mittel- und langfristigen Erhöhung des deutschen Personalanteils** besteht weiterhin große Nachfrage.

- Das **Junior Professional Program** (sogenannte Beigeordnete Sachverständige) ist ein vom BMZ finanziertes Nachwuchsprogramm, das Ende der 90er Jahre auf die Weltbank ausgedehnt wurde. Junge Berufstätige bis zu einem Alter von 32 Jahren können für zwei bis drei Jahre auf Kosten der Bundesregierung eingesetzt werden und erhalten somit eine gute Startposition für einen Anschlussvertrag. Im Geschäftsjahr 2010 wurden erneut vier junge Mitarbeiter/-innen in strategisch interessanten Positionen finanziert. Für das Folgejahr sind sechs Stellen vorgesehen. Das Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO) in Bonn ist auf der deutschen Seite für die organisatorische und technische Betreuung des Programms zuständig. Die endgültige Kandidatenauswahl liegt bei der Weltbank, wobei eine Vorauswahl unter Beteiligung des BMZ, des BFIO sowie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik erfolgt. Weitere Informationen zum Programm sowie Hinweise zum Bewerbungsschluss finden sich auf www.arbeitsagentur.de/bfio.
- Das **Junior Professional Associates Programme** ist ein im Jahre 2001 initiiertes Förderprogramm der Weltbank. Es wendet sich primär an Studienabsolvent/-innen, die nicht älter als 29 Jahre sind, mindestens das Äquivalent eines *Bachelor Degree* besitzen und gleichzeitig relevante praktische Erfahrung nachweisen können. Allerdings finden sich vermehrt Master-Absolventen unter den *Junior Professional Associates*. Die Anstellung ist streng auf zwei Jahre befristet, doch es besteht die Möglichkeit eines späteren Wiedereinstiegs in die Weltbankgruppe. Im Geschäftsjahr 2010 arbeiteten fünf deutsche *Junior Professional Associates* bei der Weltbankgruppe.

4.2 Kontakte zu Parlamenten und Zivilgesellschaft

Die Pflege von Außenbeziehungen und die Bereitstellung von Informationen über die Arbeit der Weltbank haben in der Arbeit des deutschen Büros einen hohen Stellenwert. Dabei spielen die Kontakte zum **Deutschen Bundestag, Landesregierungen, Parlamenten der Länder, Nichtregierungsorganisationen** und politischen Stiftungen eine besondere Rolle. Der **Deutsche Bundestag** entsendet zur Jahrestagung traditionell eine Parlamentarierdelegation, die sich aus Mitgliedern des Haushalts-, Finanz- und Entwicklungsausschusses des Bundestages zusammensetzt. Darüber hinaus bot sich im Geschäftsjahr 2010 die Gelegenheit zur inhaltlichen Diskussion mit einigen Abgeordneten des Bundestags, die Washington besuchten. Mehr Besuche in beide Richtungen sind ausdrücklich erwünscht. So wurde vereinbart, dass mit Hilfe des Weltbankbüros in Berlin deutsche und andere hochrangige Weltbankmitarbeiter Aufenthalte in Deutschland verstärkt zu politischen Fachgesprächen nutzen.

Vertreterinnen und Vertreter von **Nichtregierungsorganisationen** und der **Kirchen** standen auch im Berichtsjahr im regen Austausch mit dem deutschen Büro. Themen wie Finanzkrise, Governancereform, Klimawandel, Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer, Mikrokredite, die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele und die Rolle der Weltbank in einzelnen Projekten standen im Mittelpunkt des Austauschs.

Angesichts der Herausforderungen der Globalisierung sind nationale und internationale Problemstellungen eng verknüpft. Zu globalen Fragen pflegt das Büro den Austausch mit den in Washington vertretenen deutschen **politischen Stiftungen** — wie auch zahlreichen amerikanischen „**Think-Tanks**“, die sich mit entwicklungspolitischen Themen auseinandersetzen (insbesondere die Brookings Institution und das Center for Global Development).

4.3 Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft

Unter den OECD-Ländern waren deutsche Unternehmen bei Weltbankaufträgen über die letzten Jahre sehr erfolgreich. Insgesamt

spielt die Weltbank jedoch eine eher bescheidene Rolle für die Erschließung neuer Märkte. Für einzelne international tätige und konkurrenzfähige deutsche Unternehmen ist die Weltbank allerdings ein wichtiger Partner.

Anlauf- und Beratungsstelle für die deutsche Wirtschaft ist in erster Linie der **BDI**, der in Washington ein Büro unterhält. Die Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing (**gtai**) informiert unmittelbar über Weltbankausschreibungen.

Ein 2003 gegründeter Wirtschaftsarbeitskreis vertritt als informeller Zusammenschluss die Interessen der in Washington angesiedelten Verbands-, Consulting- und Industrievertreter. Das Büro des deutschen Exekutivdirektors ist in dem Arbeitskreis vertreten und unterstützt beratend bei Wirtschaftskontakten zur Weltbankgruppe. Ziel der regelmäßigen Treffen ist ein Informationsfluss in beide Richtungen. Ein wichtiges Thema auch in diesem Geschäftsjahr war die Diskussion über die verstärkte Anwendung ländereigener Systeme für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (Ausschreibungsverfahren) und über die Konsequenzen, die sich daraus für die Unternehmen ergeben. Transparente und faire Ausschreibungsverfahren werden auch im laufenden Geschäftsjahr 2011 auf der Agenda der Weltbank und des deutschen Büros bleiben.

Anlage 1

Neuzusagen und Auszahlungen der IBRD in 2009 und 2010 (in US\$)

(jeweils vom 01.Juli – 30.Juni)

	Geschäftsjahr 2009				Geschäftsjahr 2010			
	Ausleihvolumen		Auszahlungen		Ausleihvolumen		Auszahlungen	
	Mio \$	%	Mio \$	%	Mio \$	%	Mio \$	%
a. Regionale Aufteilung								
Afrika	362	1,1	120	0,7	4.258	9,6	27	0,1
Ostasien/Pazifik	6.905	21,0	3.275	17,6	5.865	13,3	4.061	14,1
Europa/Zentralasien	8.978	27,3	4.887	26,3	10.196	23,1	7.610	26,4
Lateinamerika/Karibik	13.829	42,0	7.871	42,3	13.667	30,9	11.577	40,1
Mittl. Osten/Nordafrika	1.551	4,7	1.216	6,6	3.522	8,0	2.119	7,3
Südasien	1.286	3,9	1.202	6,5	6.689	15,1	3.461	12,0
Summe	32.911	100	18.571	100	44.197	100	28.855	100
b. Sektorale Aufteilung								
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	864	2,6	834	4,5	1.550	3,5	732	2,5
Wirtschaftspolitik	7.280	22,1	4.123	22,2	8.734	19,8	6.717	23,3
Bildung	1.052	3,2	621	3,3	2.151	4,9	1.355	4,7
Energie und Bergbau	2.917	8,9	1.003	5,4	9.546	21,6	3.367	11,7
Umwelt	3.652	11,1	1.816	9,8	299	0,7	952	3,3
Finanzmanagement	0	0,0	0	0,0	0	0,0		
Finanz- und Privatsektorentwicklung	2.578	7,8	3.260	17,6	8.172	18,5	4.582	15,9
Kommunikation/ Technologie	80	0,2	2	0,0	0	0,0	3	0,0
Gesundheit, Ernährung, Bevölkerung	622	1,9	420	2,3	2.277	5,1	364	1,3
Armutsbekämpfung	9	0,0	0	0,0	9	0,0	11	0,0
Governance öffentl. Sektor	1.597	4,9	1.450	7,8	1.295	2,9	1.098	3,8
Soziale Entwicklung	300	0,9	91	0,5	793	1,8	423	1,5
Soziale Sicherung	4.859	14,8	1.340	7,2	1.638	3,7	4.401	15,2
Transport	4.489	13,7	2.322	12,5	4.932	11,2	2.749	9,5
Städtische Entwicklung	1.912	5,8	730	3,9	1.360	3,0	1.329	4,6
Wasser	700	2,1	559	3,0	1.441	3,3	772	2,7
Summe	32.911	100	18.571	100	44.197	100	28.855	100

Anlage 2

Neuzusagen und Auszahlungen der IDA in 2009 und 2010 (in US\$)

(jeweils vom 01.Juli – 30.Juni)

	Geschäftsjahr 2009				Geschäftsjahr 2010			
	Ausleihvolumen		Auszahlungen		Ausleihvolumen		Auszahlungen	
	Mio \$	%	Mio \$	%	Mio \$	%	Mio \$	%
a. Regionale Aufteilung								
Afrika	7.887	56,2	4.317	46,8	7.179	49,3	5.892	51,4
Ostasien/Pazifik	1.247	8,9	1.254	13,6	1.652	11,4	1.613	14,1
Europa/Zentralasien	384	2,7	492	5,3	620	4,3	538	4,7
Lateinamerika/Karibik	203	1,5	180	2,0	240	1,6	215	1,9
Mittl. Osten/Nordafrika	172	1,2	183	2,0	214	1,5	188	1,6
Südasien	4.148	29,5	2.793	30,3	4.645	31,9	3.014	26,3
Summe	14.041	100	9.219	100	14.550	100	11.460	100
b. Sektorale Aufteilung								
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	2.571	18,3	1.268	13,8	1.724	11,9	1.558	13,6
Wirtschaftspolitik	1.659	11,8	1.310	14,2	959	6,6	1.182	10,3
Bildung	1.422	10,1	947	10,3	1.927	13,2	1.421	12,4
Energie und Bergbau	2.207	15,7	735	8,0	1.222	8,4	952	8,3
Umwelt	177	1,3	103	1,1	316	2,2	104	0,9
Finanzmanagement	4	0,0	4	0,0	0	0,0	13	0,1
Finanz- und Privatsektorentwicklung	346	2,5	602	6,5	1.043	7,2	998	8,7
Kommunikation/ Technologie	175	1,3	35	0,4	92	0,6	48	0,4
Gesundheit, Ernährung, Bevölkerung	986	7,0	759	8,2	878	6,0	1.022	8,9
Arbeitsbekämpfung	281	2,0	46	0,5	123	0,8	199	1,7
Auftragsvergabe	0	0,0	1	0,0	0	0,0	4	0,0
Governance öffentl. Sektor	760	5,4	589	6,4	508	3,5	1.034	9,0
Soziale Entwicklung	45	0,3	277	3,0	19	0,1	122	1,1
Soziale Sicherung	1.343	9,6	522	5,7	1.228	8,4	774	6,8
Transport	1.192	8,5	1.072	11,6	2.060	14,2	1.063	9,3
Städtische Entwicklung	187	1,3	539	5,8	1.481	10,2	475	4,2
Wasser	686	4,9	410	4,5	970	6,7	491	4,3
Summe	14.041	100	9.219	100	14.550	100	11.460	100

Anlage 3

Neuzusagen und Auszahlungen der IFC in 2009 und 2010 (in US\$)

(jeweils vom 01.Juli – 30.Juni)

	Geschäftsjahr 2009				Geschäftsjahr 2010			
	Neuzusagen		Auszahlungen		Neuzusagen		Auszahlungen	
	Mio. \$	%	Mio. \$	%	Mio. \$	%	Mio. \$	%
a. Regionale Aufteilung								
Ostasien/Pazifik	1.197	11,35	630	11,17	1.547	12,22	594	8,75
Südasiens	1.215	11,52	702	12,45	1.061	8,38	809	11,91
Europa/Zentralasien	2.146	20,34	2.179	38,64	2.970	23,45	1.851	27,25
Lateinamerika/Karibik	2.721	25,80	735	13,03	3.006	23,74	1.532	22,55
Mittl. Osten/Nordafrika	1.260	11,95	646	11,45	1.572	12,41	621	9,14
Afrika	1.824	17,29	645	11,44	2.428	19,17	920	13,55
Welt	184	1,75	103	1,83	80	0,63	465	6,85
Summe	10.547	100	5.640	100	12.669	100	6.793	100
b. Sektorale Aufteilung								
Land- & Forstwirtschaft	326	3,10	218	3,86	237	1,87	184	2,71
Öl. Gas & Bergbau	411	3,90	620	10,99	578	4,56	769	11,32
Versorgungswirtschaft	92	0,87	46	0,82	512	4,04	408	6,00
Bau & Immobilien	143	1,35	175	3,10	158	1,25	38	0,57
Transport & Lagerhaltung	772	7,32	329	5,84	462	3,64	473	6,97
Nahrungsmittel & Getränke	271	2,56	215	3,80	176	1,39	222	3,26
Chemikalien	402	3,81	326	5,77	418	3,30	162	2,38
Nichtmetall-Mineralprodukte	360	3,41	226	4,00	335	2,65	147	2,17
Eisen- & Stahlprodukte	136	1,29	55	0,98	132	1,04	151	2,22
Zellstoff & Papier	109	1,04	63	1,11	33	0,26	95	1,39
Textilien. Bekleidung & Leder	-	0,00	31	0,55	28	0,22	19	0,28
Grundstoff	-	-	-	-	30	0,24	-	-
Industrie- & Konsumgüterprodukte	420	3,98	166	2,94	347	2,74	351	5,16
Information	529	5,01	318	5,64	428	3,38	359	5,29
Finanzsektor und Versicherung	4.587	43,49	1.572	27,87	6.606	52,14	1.829	26,92
Investitionsförderung	846	8,03	204	3,61	961	7,59	427	6,28
Groß- & Einzelhandel	94	0,89	151	2,68	115	0,90	131	1,92
Dienstleistungen	38	0,36	10	0,18	17	0,13	16	0,23
Gesundheitswesen	159	1,51	150	2,66	184	1,46	167	2,45
Bildungswesen	32	0,31	-	0,00	188	1,49	30	0,45
Tourismus	115	1,09	44	0,78	103	0,81	94	1,39
Elektrizität	688	6,52	723	12,81	589	4,65	715	10,52
Sonstiges	16	0,15	-	0,00	32	0,25	8	0,12
Summe	10.547	100	5.640	100	12.669	100	6.793	100

Anlage 4

Neu vergebene MIGA-Garantien (brutto) in 2009 und 2010 (in US\$)

(jeweils vom 01. Juli – 30. Juni)

	Geschäftsjahr 2009		Geschäftsjahr 2010	
	Mio. \$	%	Mio. \$	%
a. Regionale Aufteilung				
Lateinamerika/Karibik	34	2,5	18,1	1
Afrika	50	3,6	336,9	23
Europa/Zentralasien	1.216	88,3	1.084,7	74
Asien	77	5,6	24,2	2
Mittlerer Osten/Nordafrika	0	0	0	0
Summe	1.377	100	1.464	100
b. Sektorale Aufteilung				
Infrastruktur	108	7,8	178,3	12
Finanzsektor	1.231	89,4	936,8	64
Tourismus/Dienstleistungen	11	0,8	1,8	0
Landwirtschaft & Fertigung	27	2,0	121,9	9
Öl, Gas & Bergbau	0	0	225	15
Summe	1.377	100	1.464	100

Anlage 5

Berichte

Global Monitoring Report — www.worldbank.org/gmr2010

World Bank Annual Report — <http://go.worldbank.org/VLWFADE500>

Doing Business Report — www.doingbusiness.org

World Development Report — www.worldbank.org/wdr/

Global Economic Prospects — www.worldbank.org/gep2010

Weltbankgruppe

IBRD — www.worldbank.org

IDA — www.worldbank.org/IDA

IFC — www.ifc.org

MIGA — www.miga.org

ICSID — www.worldbank.org/icsid

Exekutivdirektorium — <http://boards.worldbank.org>

Andere Links

IWF — www.imf.org

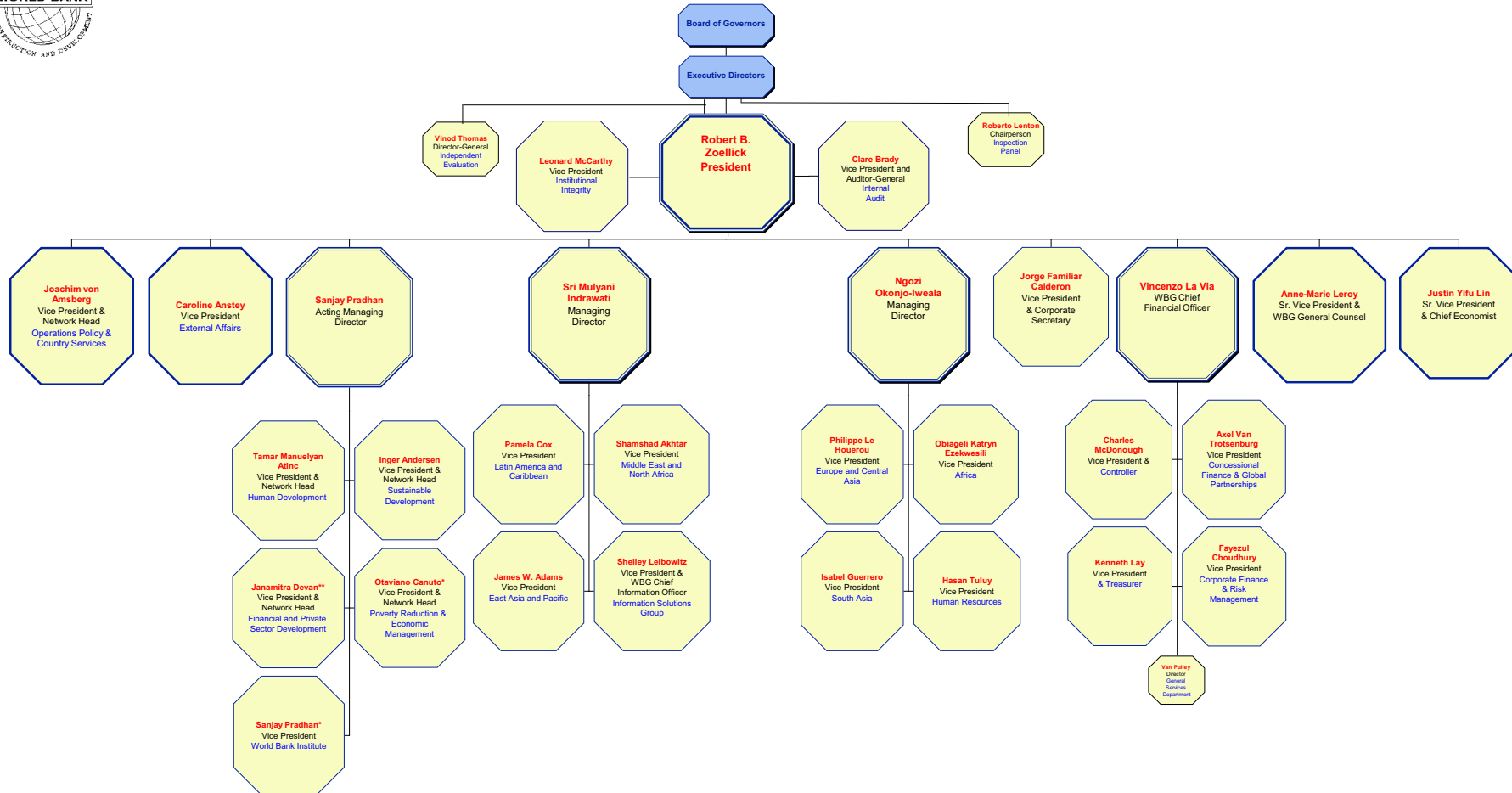
BFIO — www.arbeitsagentur.de/bfio

BDI-Washington — www.rgit-usa.com

Anlage 6



**ORGANIZATION CHART OF THE WORLD BANK
EFFECTIVE AUGUST 9, 2010**



* Dotted line to Sr. Vice President & Chief Economist
 ** Reports to IFC Executive Vice President on IFC Business

Deutsches Weltbankbüro



Dr. Michael Hofmann
Exekutivdirektor
Tel. 202.458.1183
mhofmann@worldbank.org



Ingrid Hoven
Exekutivdirektorin
(ab 1. November 2010)
ihoven@worldbank.org



Dr. Ruediger von Kleist
Stellv. Exekutivdirektor
Tel. 202.458.1190
rvonkleist@worldbank.org



Uwe Gehlen
Senior Advisor
Tel. 202.458.8014
ugehlen@worldbank.org



Dr. Roger Fischer
Advisor
Tel. 202.458.8320
rfischer@worldbank.org



Thomas Feidieker
Advisor
Tel. 202.458.1717
tfeidieker@worldbank.org



Qays Hamad
Advisor
Tel. 202.458.1181
qhamad@worldbank.org



Michael Brendle
Advisor
Tel. 202.458.1742
mbrendle@worldbank.org



Holger Illi
Advisor
Tel. 202.458.1182
hilli@worldbank.org



Brigitte Haghighi
Sekretariat
Tel. 202.458.1628
bhaghighi@worldbank.org



Daniela Sperco
Sekretariat
Tel. 202.458.1186
dsperco@worldbank.org



Katherine Kovar
Sekretariat
Tel. 202.458.1125
kkovar@worldbank.org



THE WORLD BANK GROUP



**Office of the German Executive Director
Mail Stop Number (MSN) MC 11-1109
Room Number MC 11-125
World Bank Group
1818 H Street, N.W.
Washington, D.C. 20433
U.S.A.**